

## Wissenschaft stärken, um die Zukunft zu sichern Positionspapier von BR50 anlässlich der Wahlen 2023

Berlin verfügt über eine einzigartige Vielfalt und Dichte an Forschungseinrichtungen. Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Hauptstadt und die in der Berlin University Alliance (BUA) zusammengeschlossenen Universitäten sind entscheidende Standortfaktoren, ihre enge Zusammenarbeit ist essentiell für exzellente Spitzenforschung. Um Berlin als Wissenschaftsmetropole und Berlin-Brandenburg als Wissenschaftsregion international sichtbar zu positionieren, gilt es, bereits bestehende Kooperationen zwischen den außeruniversitären Einrichtungen und den Universitäten, Hochschulen und der Charité zu intensivieren und die wichtige Rolle der Einstein Stiftung in der institutionenübergreifenden wissenschaftlichen Zusammenarbeit zu stärken.

Diesen Zielen hat sich der Verein **Berlin Research 50** (BR50) verschrieben. Er bündelt die Kompetenzen und Interessen von mehr als 50 außeruniversitären Forschungseinrichtungen Berlins. Die in BR50 versammelten Einrichtungen sehen die folgenden politischen Herausforderungen, die der künftige Senat auf Landesebene und im Rahmen seiner Einflussmöglichkeiten auf Bundesebene adressieren sollte.

### 1. **Gemeinsame Berufungen und die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen vereinfachen und fördern**

Um die internationalen Spitzenforscherinnen und -forscher für Berlin gewinnen zu können, muss der Senat ein wettbewerbsfähiges Modell für die gemeinsamen Berufungen (S-Professuren) zwischen außeruniversitären Einrichtungen und Universitäten entwickeln. Gemeinsame Berufungsverfahren müssen entbürokratisiert, die Verfahrensdauer auf ein international konkurrenzfähiges Maß reduziert werden. Um das Kooperationspotenzial voll nutzen zu können, sollte die Einrichtung von S-Professuren nicht automatisch zu einer Erhöhung der Kapazitätsgrenze an Hochschulen führen; es gilt also, die Kapazitätsrelevanz aufzuheben. Weiterhin braucht es eine klare politische Positionierung, welcher rechtliche Rahmen für gemeinsame Berufungen genutzt werden kann. So muss sich die Politik entschieden gegen die drohende Umsatzsteuerpflicht für Forschungsk Kooperationen einsetzen, da diese die Attraktivität des „Berliner Modells“ stark beeinträchtigen würde. Außerdem ist die Übernahme der Versorgungslasten durch das Land entscheidend, so wie in fast allen anderen Bundesländern üblich.

Das Land Berlin sollte sich auch dafür einsetzen, gemeinsam mit den beteiligten Akteuren des Wissenschaftssystems und dem Bundesfinanzministerium eine adäquate Anwendung der umsatzsteuerlichen Regelungen bei gemeinsamen Berufungen und der Kooperationen zwischen Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen zu entwickeln.

## **2. Internationale Vernetzung, Diversität und Karriereoptionen stärken, um in der globalen Wissenschaftsökonomie bestehen zu können**

Um Spitzenberufungen für Berlin erfolgreich realisieren zu können, braucht es besondere Anstrengungen und entsprechende Programme. Die Einstein-Stiftung kann dabei eine ermöglichende Rolle spielen. Besonderer Fokus sollte dabei auf die Förderung von Diversität und Gleichstellung, gerade im Hinblick auf Führungspositionen liegen. Mit entsprechenden Mentor\*innenprogrammen, die vom Senat gefördert werden, kann hier viel erreicht werden. Ebenso sollten *Dual-Career-Angebote*, bilinguale und englischsprachige Lehrangebote sowie die *Fast-Track-Promotion* (Beginn der Promotionslaufbahn direkt nach dem Bachelor) ausgebaut werden. Zudem ist darauf hinzuwirken, dass die Vergabe von Visa für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Ausland erleichtert wird. Für geflüchtete Forschende in Berlin sind mittel- und langfristige Perspektiven zu schaffen. Generell ist ein zentrales Willkommens-Center für Gastforschende in Berlin anzustreben, welches zumindest in Teilen durch das Land Berlin und den Bund zu finanzieren ist.

Durch großräumige und über einzelne Institutionen hinweg angelegte Strategien können Karrieremodelle entworfen werden, die es Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ermöglichen, dauerhaft in der Forschung tätig zu sein. Jene, die nicht in der Wissenschaft arbeiten möchten oder können, dürfen Berlin jedoch auch nicht verloren gehen. Um den Fachkräftemangel entgegen zu wirken, müssen Politik, Wissenschaft (BR50 und BUA) und relevante Wirtschaftsakteure (z.B. IHK, Berlin, Partner, WISTA) gemeinsam Karriereoptionen im Wissenschaftsmanagement, wissenschaftsnahem und -unterstützendem Bereich, aber auch außerhalb des akademischen Sektors erarbeiten.

## **3. Leitungen von Nachwuchsgruppen an Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen die gleichen Rechte geben**

Nachwuchsgruppen werden von hochbegabten Forscherinnen und Forschern eingeworben. Um sie an den Berliner Raum binden zu können, braucht es attraktive Rahmenbedingungen. Dazu gehört die Möglichkeit, zu lehren und eigenen Nachwuchs auszubilden. BR50 hält es für wichtig, gemeinsam mit der BUA Wege zu identifizieren, die für Nachwuchsgruppenleitungen an außeruniversitären Einrichtungen in allen Disziplinen gleichermaßen die Betreuung von Promovierenden ermöglichen, einschließlich einer offiziellen Einbindung in universitäre Promotionsverfahren.

## **4. Infrastruktur für exzellente Forschung fördern**

Um die Technologiesouveränität zu stärken und mit steigenden Energiepreisen umzugehen, müssen vorhandene Kompetenzen der Region gebündelt und integrierte Wertschöpfungsketten aufgebaut werden. Die politische und finanzielle Unterstützung zum Aufbau gemeinsam genutzter Forschungsinfrastrukturen (z.B. Forschungsgeräte, Labore, analoge und digitale Forschungsdateninfrastrukturen) wäre ein entscheidender Standortvorteil für Berlin als Wissenschaftsmetropole. Denkbar wären dezentrale Technologieplattformen und Technologienetzwerke, die Einrich-

tung eines virtuellen Instituts oder eine berlinweite clusterübergreifende Initiative zu KI und Datenmanagement. Hier spielt auch die Daten- und IT-Sicherheit eine große Rolle, bei der die Einrichtungen Unterstützung, sowohl vom Land Berlin als auch vom Bund, benötigen.

## **5. Eine angemessene räumliche Unterbringung der Forschung sichern**

Die Politik muss in Gemeinschaft mit den Forschungseinrichtungen eine Strategie entwickeln, um mittelfristig eine angemessene und planbare räumliche Unterbringung sicherzustellen. Sinnvolle Bausteine für eine Lösung könnten sein: die Einrichtung eines Landesfonds zur Sanierung maroder Forschungsgebäude; Mieten nicht zu Lasten des Budgets der Einrichtungen gehen zu lassen; eine bürokratiearme und kostengünstige Möglichkeit zur räumlichen Erweiterung der Institutionen auf Verfügungsbauten und -flächen.

## **6. Tierexperimentelle Forschung offen kommunizieren und Alternativen aufbauen**

Die Vermeidung, Verringerung und Verbesserung (3R) von Tierexperimenten muss verstärkt werden. Dazu beitragen soll die forcierte Weiterentwicklung von alternativen Methoden zum Tierversuch, die bereits Bestandteil der Forschung sind. Dennoch ist zum jetzigen Zeitpunkt ein totaler Verzicht auf Tierversuche wissenschaftlich nicht möglich. Die Aufrechterhaltung des wissenschaftlichen Erfolgs und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Forschungsstandorts Berlin setzt die Akzeptanz notwendiger Tierversuche sowie die Unterstützung von Vorhaben zu 3R in Berlin voraus. Ziel sollte eine politische Unterstützung bei der Bündelung wissenschaftlicher Kompetenzen in Berlin sein, um sich als Vorreiter in der Entwicklung von neuen alternativen Technologien zum Tierversuch behaupten zu können. Dazu beitragen muss auch eine transparente und reflektierte öffentliche Kommunikation unter Beteiligung aller Stakeholder sowie eine Steigerung der Effizienz bei den Genehmigungsverfahren für Tierversuchsvorhaben. Um alle genannten Aspekte konsequent zu behandeln, haben lebenswissenschaftliche Einrichtungen der BR50 ein Sounding Board initiiert, bei dem auch die Universitäten, große Pharmaunternehmen und Start-Ups aus dem biomedizinischen Bereich mitwirken. Die Anliegen des Sounding Boards wurden bereits an die Politik herangetragen, um gemeinsam Strategien und Maßnahmen für Berlin zu erarbeiten.

## **7. Kleine, individuelle und interdisziplinäre Forschungsvorhaben ausbauen und fördern**

Der Berliner Senat sollte die Ausschreibung von Fördermitteln für kleine und individuelle Forschungsvorhaben forcieren, um Lücken zwischen Sachbeihilfeförderung der DFG und Forschungsförderformaten der EU zu schließen und so die Potenziale wissenschaftlicher Vielfalt, individueller Kreativität und Spezialisierung adäquat auszuschöpfen. Auf Bundesebene sollten zudem vermehrt Verbundvorhaben in den Geisteswissenschaften sowie an der Schnittstelle von Geistes- und Sozialwissenschaften mit den Ingenieurwissenschaften gefördert werden. Dabei muss berücksichtigt werden, dass kleinere außeruniversitäre Einrichtungen strukturell nur geringe Eigenanteile beibringen können.

## 8. Metropolregion Berlin-Brandenburg als gesunden Lebensraum ausbauen

Die Kombination von Material-, Gesundheits-, Sozial und Lebenswissenschaften ist einzigartig in Berlin. Ein auf dieser Vielfalt aufbauender interdisziplinäre Ansatz wird benötigt, um gesellschaftlichen Herausforderungen, wie z.B. Pandemiebekämpfung, Energiekrisen oder menschengemachter Umweltveränderungen begegnen zu können. Mit den richtigen politischen Weichenstellungen können sich Berlin und Brandenburg gemeinsam zur Vorbildregion entwickeln und zeigen, dass ein gesunder Lebensraum, in dem Biodiversität, Klimaschutz und nachhaltige Mobilität von Bedeutung sind, möglich und erstrebenswert ist.

## 9. Rahmenbedingungen für Spin-offs aus der Wissenschaft verbessern

Es ist im Interesse der Berliner Politik und der Wirtschaft der Hauptstadt, dass Ausgründungen aus der Wissenschaftsszene in Berlin verbleiben und nicht ins Ausland verlagert werden. Um Berlin als attraktiven Start-up Standort für wissenschaftliche Ausgründungen zu fördern sind unterstützende Programme (z.B. Fördergelder, Preisverleihungen, *Incentives*), eine Entbürokratisierung der Ausgründungsprozesse und verlässliche und kalkulierbare Rahmenbedingungen erforderlich. Hier kann Berlin von anderen Standorten wie Oxford lernen. Die im November 2022 verlängerte *Oxford Berlin Research Partnership* kann als Basis dienen und auf Ausgründungen und Unternehmerschaft ausgeweitet werden.

**Übergreifend geht es für die Metropolregion Berlin-Brandenburg also darum, die besten Köpfe zu gewinnen, Rahmenbedingungen für exzellente Forschung zu sichern und die Vielfalt der Wissenschaft anzuerkennen und zu fördern.**

### Kontakt

Der BR50-Vorstand im Auftrag der Mitgliedseinrichtungen:

Prof. Dr. h.c. Jutta Allmendinger, Ph.D.

Prof. Dr. Thomas Sommer

Prof. Dr. Heike Graßmann

Prof. Dr. Michael Hintermüller

Prof. Dr. Ulrich Panne

[coordinators@br50.org](mailto:coordinators@br50.org) | [www.br50.org](http://www.br50.org)